

**Afghanistan – Sinn des Einsatzes –
realistische Abzugsstrategien
und
der dazugehörige Zeitrahmen**

Vortrag beim Stifterfest

in Seesen/Harz

am 25. März 2011

von

General a. D. Egon Ramms

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass der Vortrag heute Abend an Aktualität kaum zu überbieten ist. Wer vorgestern die Debatte im Deutschen Bundestag zu Libyen verfolgt hat, fand sich plötzlich in und über Afghanistan wieder und wer die Medienberichte der letzten Tage über die Ankündigung übergabereifer Provinzen oder Städte gesehen bzw. gelesen hat, entdeckt ein Wettrennen zur Ausgangstür, bei dem - wie beim Hasen und beim Igel - immer einer ruft: „Ick bün all da." Wir beobachten eine innenpolitische Schlacht um die Gunst des Wählers, der ohnehin schon zu mehr als 70 % der Auffassung ist: Raus aus Afghanistan. Um es der öffentlichen Meinung Recht zu tun, findet diese Debatte statt. Jetzt können wir nach Hase und Igel zum nächsten lehrhaften Vergleich mit dem Tierreich schreiten: Henne und Ei. Ich darf das übersetzen: Wer hat eher den Abzug aus Afghanistan gefordert? Die veröffentlichte Meinung, die öffentliche Meinung oder die Politik. Dabei habe ich die teilweise sehr unterschiedlichen Meinungen der politischen Parteien noch nicht reflektiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich heute bei Ihnen vortragen zu dürfen. Die Situation, die ich gerade beschrieben habe, ist nicht typisch für Deutschland mit Blick auf Afghanistan. Typisch ist, dass das Thema Afghanistan in den Medien nur dann auftaucht, wenn es Gefallene oder Verwundete gegeben hat oder wenn sich Minister kontrovers äußern, wie zum Beispiel über die Abzugsdiskussion. Das Thema Afghanistan ist aber außerordentlich spannend, Denn es hat immens viele Facetten, die sich allein in einem Vortrag nicht in Gänze abdecken lassen. In Deutschland geht allein beim Gebrauch des Wortes Afghanistan der Blick immer ruckartig zum Verteidigungsminister. Das ist falsch. Afghanistan ist ein gesamtstaatliches Problem. Von daher verlangt es auch eine gesamtstaatliche Lösung. Wir reden in Deutschland vom vernetzten Ansatz. Die NATO nennt es Comprehensive Approach. Ich beschreibe das so: Alle müssen erhebliches auf allen Gebieten für dieses Land nach 30 Jahren Krieg oder kriegsähnlicher Zustände leisten. Wenn sich mich fragen, welchen Anteil hat daran die Sicherheit, die durch die Bundeswehr und weitere 138.000 Soldaten aller NATO-Staaten und weiterer 21 Nationen gemeinsam mit den afghanischen Sicherheitskräften hergestellt werden soll, dann sage ich 20 vielleicht 25 %. Der kleine Rest von 75 % der Aufgaben beim Aufbau, für funktionierende Justiz, für eine funktionierende Verwaltung, für eine funktionierende Wirtschaft, für eine funktionierende Infrastruktur, für ein funktionierendes Schulsystem, für ein funktionierendes Gesundheitssystem und ein funktionierendes Finanzsystem sowie zur Wahrung der individuellen Menschenrechte sind fürwahr keine militärischen Aufgaben. Ich darf sie bitten, diesen Vortrag zu begleiten, indem sie sich immer die Frage stelle: „Haben wir eine Alternative? Und wenn ja, welche?“ Dabei sehe ich eine Alternative - „Wir überlassen die Afghanen ab sofort sich selbst!" – nicht als realistisch an.

Lassen Sie mich daher nur kurz auf die Sicherheitssituation in Afghanistan eingehen. Wir müssen uns weiter auf die Auseinandersetzung mit asymmetrisch agierenden Gegnern einstellen. Die wachsende Gefahr von improvisierten Sprengfallen und versteckten Ladungen, so genannten IED's in Afghanistan spricht hier für sich. Sie verursachen bei ISAF-Angehörigen, afghanischen Sicherheitskräften und vor allem der Zivilbevölkerung die höchsten Verluste, mehr als 70% aller Opfer. Und das waren im vergangenen Jahr immerhin mehr als 4000.

Aber auch das Agieren der Aufständischen in der so genannten „Hit and Run“-Taktik fand im vergangenen Jahr wieder vermehrt Anwendung. Warum? Die Aufständischen haben gemerkt, dass wir mit Aufklärungs- und Räummitteln viele (mehr als 60 %) ihrer IED auffinden und entschärfen können, bevor sie Schaden anrichten. Also passt man sich an und entwickelt sehr wohl durchdachte Angriffsmethoden mit einer Mischung aus versteckten Ladungen, Angriffen und Hinterhalten mit direktem und Steilfeuer. Wenn man sich vorstellt, dass wir in Deutschland unter solchen Rahmenbedingungen, die in Afghanistan schon seit 2006 herrschen, bis zum vergangenen Jahr gebraucht haben, das ganze einen Krieg zu nennen, kann man sich nur erstaunt an den Kopf fassen. Seit der Mandatierung durch die UN, die für die NATO 2003 erfolgte, rangiert Afghanistan bei der Masse der teilnehmenden ISAF -Nationen als „Nicht-internationaler bewaffneter Konflikt“, der dem „Law of Armed Conflict“ unterworfen ist, das bedeutet, die Soldaten, unsere Soldaten, dürfen in diesem Krieg alle militärischen Mittel einsetzen und bewegen sich auf dem Boden des Kriegsvölkerrechts und des Humanitären Völkerrechts. Lassen Sie mich einen Seitenblick auf die Aufständischen werfen. An welches Recht halten sie sich. Die Antwort ist einfach: An gar keins. Trotzdem mussten sich bei uns immer wieder Soldaten rechtfertigen, wenn sie von der Schusswaffe Gebrauch gemacht hatten und bis 2010 sahen die deutschen Einsatzregeln vor, dass der Soldat von der Schusswaffe nur Gebrauch machen durfte, wenn er selber unmittelbar durch Aufständische angegriffen wurde. Mit dieser Handlungsanordnung standen wir nahezu alleine da. Selbst die Niederländer, die mit Blick auf ihre Einsatzbegründung ähnlich argumentiert hatten wie Deutschland - also Schulen bauen und Brunnen bohren - hatten ihren Soldaten andere Einsatzregeln gegeben. Wahrscheinlich benötigt man für ein solches politisches Verhalten die Erfahrungen einer Situation wie Srebrenica.

3

Unsere Alliierten sprechen seit spätestens 2006-im Oktober 2006 hatte die NATO die Verantwortung für ganz Afghanistan übernommen – von einem Counter-Insurgency-Einsatz, ein in dieser Ausprägung noch recht junges Gebiet, mit dem wir Deutsche uns stärker auseinandersetzen und auf das wir uns intensiver vorbereiten müssen. Den Negativ-Geruch, den der COIN-Ansatz in Deutschland derzeit hat, hat er nicht verdient. Er stellt die zu unterstützende und zu schützende Bevölkerung in den Mittelpunkt aller Bemühungen unter dem konzentrierten Einsatz, ich betone - aller - zivilen und militärischen Mittel!

Als Zwischenfazit möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen mit einem ganzheitlichen Ansatz auf nationaler und internationaler Ebene entgegengetreten werden muss, will man zum Erfolg kommen. Dies bedeutet aber auch, und dies möchte ich betonen, dass alle Akteure ihren Beitrag leisten müssen und wir nicht nur auf die militärische Seite schauen dürfen, wenn wir den Fortschritt messen wollen. Solange Sie bei jeder Berichterstattung über Afghanistan nur Soldaten und dann den Verteidigungsminister sehen, ist etwas falsch.

Alle westlichen Staaten und Soldaten haben die Lehre von Clausewitz verinnerlicht. Soldaten beginnen keinen Krieg oder Einsatz aus sich selbst heraus. Sie unterliegen dem Primat der Politik. Dahinter steht immer eine Entscheidung der Völkergemeinschaft, der Politik oder von Präsidenten und/oder Parlamenten. Daraus ergibt sich folgerichtig, dass bei der Politik die Verantwortung für den Einsatz, die Menschen und die Ressourcen liegt.

Entscheidend für das, was passiert oder nicht passiert, möglich ist oder nicht möglich ist, ist der politische Wille.

Wie sieht die militärische Lage heute aus? Rund 143.000 Soldaten unter dem Kommando der NATO sind in 32 von 34 Provinzen Afghanistans präsent. Aber nur in einem Drittel der Provinzen und Distrikte haben wir aber genügend Sicherheitskräfte, d.h. einschließlich der afghanischen Streitkräfte und Polizei, um das Gesetz des Handelns zu diktieren. In den anderen Teilen des Landes praktizieren wir einen rationalisierten Kräfteansatz. Unsere Alliierten nennen das „Economy of Force“. Nur um Ihnen ein besseres Verständnis zu ermöglichen: Das heißt auf einer Fläche größer als die Bundesrepublik Deutschland wenden wir dieses Prinzip an. Das ist der Grund, warum General Petraeus bei den Vorbereitungen für die Übergabe der Verantwortung, der Transition, von „Reinvestment of the Transition dividend“ spricht, und er hat uneingeschränkt Recht. Werten sie diese Feststellung bitte vor dem Hintergrund der surrealen Abzugsdiskussion aus dem Januar dieses Jahres. Man kann nicht über die Sicherheit Afghanistans heute oder für die Zukunft reden, ohne über die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte zu reden.

Bei einem persönlichen Gespräch mit Präsident Karsai im Sommer sprach ich von einer Exit-Strategie. Ich habe damit den Präsidenten sehr verunsichert. Ich habe danach in meinem Stab den Begriff Exit-Strategie verboten und von Erfolgsstrategie gesprochen. Und der Schlüssel zum Erfolg ist die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. Beginnen wir mit den Streitkräften. Seit Oktober 2009 - also seit weniger als anderthalb Jahren ist die NATO mit der NATO TRAININGMISSION AFGHANISTAN für die Ausbildung der Afghanischen Streitkräfte und der afghanischen Polizei verantwortlich. Soll ich noch mal wiederholen: und der afghanischen Polizei verantwortlich. Diesem Auftrag an die NATO hat auch die deutsche Bundeskanzlerin beim NATO - Gipfel in Straßburg und Kehl April 2009 zugestimmt. Das hat aber einen deutschen Innenminister auf die konkrete Frage nicht davon abgehalten mir zu sagen: „Sie müssen sich doch nicht einbilden, Herr General, dass Ihnen zu Ausbildungszwecken auch nur ein deutscher Polizist unterstellt wird.“ Doch zur Polizei komme ich später. Für die Streitkräfte wurde die Zielmarke von 136.000 bis Oktober letzten Jahres deutlich überschritten. Das ist Quantität. Was macht die Qualität? Ca. 70% aller Rekruten sind Analphabeten. Also hat der Kommandeur der Trainingsmission seit April letzten Jahres für alle Lese- und Schreibkurse eingeführt. Das brauchen wir, wenn die Soldaten und Polizisten Befehle, Anweisungen und Vorschriften lesen wollen. Es läuft. Die Ausbildung der einfachen Soldaten ist nicht das Problem, aber Führer und Unterführer können Sie nicht aus dem Hut zaubern. Das kostet Zeit.

Aber ich wiederhole. Es gibt Fortschritte und an der Qualität wird hart gearbeitet. Die Weichen sind gestellt. Während die Armee in Afghanistan relativ angesehen ist, genießt die Polizei dieses Ansehen nicht. Die Ausbildung hinkt hinterher und die Polizei ist immer noch in vielen Bereichen von Korruption durchsetzt.

Meine Damen und Herren, wenn ein Polizist noch vor wenigen Jahren, z.T. Monaten, keine Bezahlung bekam, dann hat er mit einigen Kameraden einen illegalen Checkpoint eröffnet und das Geld von seinen Landsleuten, die auch keins hatten, abkassiert. Das ist einer der Gründe, warum wir jetzt auch die afghanische Polizei durch Mentoren in einer Art „Training on the Job“ durch Partnering begleiten. Damit verhindern wir, dass sie selbst die ihnen anvertraute Bevölkerung berauben und die Anwesenheit eines oder mehrerer

Ausländer führt dazu, dass bei den Polizisten die Moral gewaltig steigt, weil man gegenüber dem Fremden „das Gesicht nicht verlieren möchte“. Wo man früher auf sich gestellt weggerannt wäre beim Auftauchen der Aufständischen, bleibt man heute, weil der Fremde dahinter steht.

Wir machen Fortschritte und, meine Damen und Herren, viele von diesen Dingen haben auch wir erst lernen und begreifen müssen. Bevor ich mich den anderen - wie ich vorher sagte - viel wichtigeren Bereichen zuwende, lassen Sie mich mit Blick auf unsere Präsenz aber noch eine wichtige Tatsache verdeutlichen: Wo immer unsere Soldaten in Afghanistan im Rahmen ihrer Operationen auftauchen, lautet die Frage der Bevölkerung: „Bleibt ihr?“ Wenn wir diese Frage nicht mit einem eindeutigen „Ja“ beantworten und dieses dann auch unter Beweis stellen, wendet sich die Bevölkerung von uns ab. Wir haben keinen Zugang mehr zu ihr und wir erhalten von ihr auch keine Unterstützung mehr. Warum? Wenn wir aus diesen Regionen wieder herausgehen, kommen, solange keine afghanischen Sicherheitskräfte zu unserer Ablösung zur Verfügung stehen, die Aufständischen in diese Orte zurück. Dieses kann für die Afghanen, die mit uns zusammengearbeitet haben den Tod bedeuten. Dafür gibt es genügend Beispiele. Und das spricht sich in Afghanistan herum. Eine einfache Risikobewertung bringt die Afghanen dazu, uns nicht zu unterstützen, denn es gibt Regionen, in denen die Bevölkerung diese Art des Terrors bereits erlebt hat. Und diese Art des Terrors macht auch vor Kindern nicht Halt. Auch dafür gibt es Beispiele. Meine Damen und Herren stellen sie sich bitte vor diesem Hintergrund vor, wie die innenpolitisch begründete Abzugsdebatte in Deutschland bei diesen Menschen ankommt und welche Konsequenzen sie auch für unsere Soldaten haben kann.

Ich hoffe, Ihnen allen mit meinem Vortrag einen Eindruck geben zu können, wie komplex sich dieser Einsatz in Afghanistan darstellt. Hierbei kann die NATO nur dann erfolgreich sein, wenn militärisches Handeln durch politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und entwicklungspolitische Maßnahmen unterstützt wird, also ein gesamtheitlicher Ansatz vollzogen wird.

In einer idealisierten Betrachtung sind mit militärischem Engagement - wie der ISAF Mission in AFG - konkrete Absichten verbunden. Es geht darum, eine Region zu stabilisieren und die Folgen des Terrorismus, der Handlungen der Aufständischen, der organisierten Kriminalität, aber auch des Drogenhandels einzudämmen oder zu verhindern.

Diesen gewünschten und angestrebten positiven Wirkungen stehen die finanziellen und materiellen Belastungen gegenüber, die - gerade mit Blick auf vermeintlich näher liegende Herausforderungen im eigenen Land - gegenüber der eigenen Bevölkerung nicht problemlos zu vertreten sind. Das gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund der Verantwortung für Menschen - konkret für verwundete oder getötete Soldaten. Auch besteht immer die Gefahr, dass die auch in Deutschland tätigen radikalen Gruppen die deutsche Unterstützung des ISAF - Einsatzes für eigene Terrorplanungen in Deutschland zum Anlass nehmen. Die aktuelle Situation wie der Terrorwarnungen in der Weihnachtszeit, aber auch Beispiele - wie der Strafprozess gegen die so genannte „Sauerland Gruppe“ - bestätigen dies. Zu diesen Beispielen gehört auch der Mord an zwei

Amerikanern auf dem Frankfurter Flughafen durch einen radikalisierten Kosovo - Albaner. Es geschah in Deutschland. Haben wir es nicht in der Deutlichkeit wahrgenommen, weil es sich um Amerikaner handelte? Wenn sie mich fragen, dann hat Deutschland neben der sicherlich guten Arbeit unserer Sicherheitsbehörden bisher viel Glück gehabt.

Seit Beginn des Jahres 2009 hat sich der operative Ansatz der NATO geändert. Wir nennen das seitdem den „Population Centric Approach“, also den Bevölkerungs-zentrierten Ansatz. Die Bevölkerung muss bei allen Maßnahmen im Mittelpunkt stehen. Lange vorher wurde bereits von „Winning the Hearts and Minds“ gesprochen, aber wir haben es nicht hinreichend praktiziert. Ein solcher Ansatz ist nur möglich, wenn die Bevölkerung, deren Unterstützung und Wohlergehen ja der eigentliche Grund für unseren Einsatz ist, dies auch wahrnimmt. Das heißt nicht nur Schutz der Bevölkerung, sondern auch wirtschaftliche Entwicklung und Teilhabe an der Regierungsführung sind die entscheidenden Ziele in diesem Zusammenhang.

Wenden wir uns der Realität zu. In einem mit militärischen Mitteln nur schwer zu beeinflussenden Gesamtzusammenhang müssen wir stets berücksichtigen, dass sich sämtliche Einflussgrößen in ihrer Wirkung wechselseitig beeinflussen. Die NATO hat dies erkannt und stellt sich zunehmend auf eine effektbasierte Operationsplanung und Operationsführung ein. Bestimmende Faktoren sind hierbei vor allem die Wirkung von staatlichen und nichtstaatlichen Hilfsprogrammen, das Wirksamwerden von Maßnahmen zum Aufbau einer funktionierenden Sicherheitsstruktur und Verwaltung aber auch zum Erhalt oder Neuaufbau akzeptabler sozialer Strukturen und Standards. Je nachdem wie diese Bemühungen greifen oder mit welchem Nachdruck sie verfolgt werden, stellen sich Erfolge ein oder bleiben aus - mit direkten Auswirkungen auch auf andere Bereiche und auf ein mögliches Abzugsdatum. Und wir müssen uns auch immer wieder bewusst machen, dass Nichthandeln, nicht ausreichendes Handeln beim Aufbau von Verwaltung, Justiz und Polizei, bei der Entwicklung der Landwirtschaft oder im sozialen Bereich nicht durch militärisches Handeln aufgewogen oder ausgeglichen werden kann.

Ich hatte bereits den Comprehensive Approach der NATO erwähnt oder den Ansatz der vernetzten Sicherheit - wie es in Deutschland genannt - wird. Er zielt darauf ab, sämtliche zivilen und militärischen Instrumente der internationalen Gemeinschaft koordiniert und ganzheitlich einzusetzen. Die NATO steuert ihren Anteil bei. Sie ist ein Akteur unter vielen, deren Koordination einer übergeordneten Stelle unterliegen sollte. Dies müsste sinnvoller Weise in erster Priorität die afghanische Regierung und in deren Auftrag die UN mit UNAMA in Afghanistan sein. Ich bin dankbar, dass - gerade auch unterstützt durch die Initiativen der neuen US - Regierung - seitens der NATO die Notwendigkeit des verstärkten Handelns auf diesem Gebiet erkannt wurde. Unsere militärische Planung sieht dies - ich sagte es - seit Anfang 2009 vor.

Die Lage der Bevölkerung

In den Medien werden oft Parallelen zwischen dem Irak und Afghanistan gezogen. Dies gerade auch weil die Art des ausgetragenen Konfliktes auf den ersten Blick sehr ähnlich zu sein scheint. Wenn wir aber genauer hinsehen, dann müssen wir gravierende Unterschiede feststellen. Für den Irak gilt, dass es dort - unter einem sicherlich mehr als zweifelhaften politischen Regime - funktionierende Strukturen gab, für die Bevölkerung ein

funktionierendes Bildungssystem bereit stand und ein mehr oder weniger gut funktionierendes Versorgungssystem die Grundversorgung der Bürger weitgehend sicherstellte. All dies trafen wir in Afghanistan nach 30 Jahren Krieg definitiv nicht an. Zwar wurden seit dem Sturz der Taliban - Regierung und dem Neustart im Jahr 2002 erste Grundlagen für den Aufbau einer Verwaltung gelegt, aber das ist zwangsläufig ein längerfristig angelegtes Projekt, das auch von der zivilen Seite lange Zeit vernachlässigt wurde.

Erschwerend kommt hinzu, dass keine der unterstützenden Nationen die Verantwortung für den Aufbau der zivilen Verwaltung und der Justiz übernommen bzw. erfolgreich durchgeführt hat. Bei einer Analphabeten - Quote von teilweise mehr als 75 % ist es schwer, funktionierende Strukturen aufzubauen, denn die Menschen werden mit Organisationen und Abläufen konfrontiert, die sie nicht kennen, die sie nicht verstehen und - noch bedeutender - die nicht in den Traditionen in der stammesorientierten Gesellschaft dieses Landes wurzeln. Dies bedeutet, dass die afghanische Regierung einerseits mit sehr viel Engagement auf eine Verbesserung der Lage für die Menschen hinarbeiten muss, sie aber andererseits die Menschen mitnehmen muss, diese für sie neuen Wege zu beschreiten. In der Folge gelingt es zwar, die Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen, aber bis zum richtigen und dauerhaften Durchbruch ist noch eine weite Wegstrecke zurückzulegen.

Wir beobachten, dass die bewaffnete Opposition, die Aufständischen, die Taliban diese Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber dem Neuen gezielt ausnutzt. So gelingt es immer wieder, u.a. durch Einschüchterung und physische Bedrohung, erste erzielte Erfolge zunichte zu machen und gleichzeitig die betroffenen Menschen in die Hände der Aufständischen zu treiben. Dies beobachten wir bei der Grundversorgung mit Nahrungsmitteln, im Bereich der Bildung, aber gerade auch bei der Gesundheitsversorgung. Zu letzterem Aspekt eine Zahl: Die Kindersterblichkeit der Kinder unter fünf Jahren in Afghanistan ist in den vergangenen 7 Jahren um fast 30 % zurückgegangen. Eigentlich ein großer Erfolg, aber wir müssen uns eingestehen, dass trotz dieses Erfolgs die Sterblichkeitsrate für Kinder unter 5 Jahren in Afghanistan noch immer die höchste der Welt ist. Wir müssen aber bei allem, was wir tun, immer den Blickwinkel der afghanischen Bevölkerung mit bewerten. Denn wenn die Afghanen irgendwann ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen sollen, dann müssen sie das in einem Umfeld tun, das für sie passt. Es geht nicht darum, ein Afghanistan zu bauen, das uns gefällt, es muss ihr Land werden, in dem sie gerne leben und in dem sie sich wohl fühlen.

Die Wirtschaft Afghanistans baut traditionell auf der Landwirtschaft auf. Bei ausreichenden Niederschlagsmengen und unter Nutzung der vorhandenen aber teilweise zerstörten Bewässerungssysteme wäre das Land eigentlich bereits heute in der Lage sich selbst zu ernähren. Leider waren die zurückliegenden Jahre mit Ausnahme des Jahres 2009 sehr trocken, so dass dieses Ziel bei weitem nicht erreicht werden konnte. Somit war die internationale Gemeinschaft z. B. in 2008 gefordert und wir Soldaten standen erneut vor einem Dilemma. Den Soldaten war z.B. bereits im Sommer 2008 klar, dass die Versorgung der Bevölkerung spätestens ab Januar 2009 kritisch werden würde und wir boten dem „World – Food – Programm“ und der UNAMA unsere Unterstützung durch die Regional - Kommandos in Afghanistan und die ISAF - Truppen an. Aber, unsere Lagebewertung teilten nicht alle und eine ISAF - Rolle bei der Verteilung von Lebensmitteln noch viele weniger. So

kam es wie erwartet: Im November/Dezember 2008 wurde die Lage auch den Verantwortlichen des World Food Programme bewusst und man begann hastig mit Gegenmaßnahmen. Dabei hatte man allerdings nur unzureichend berücksichtigt, dass viele Gebiete Afghanistans nach dem Einsetzen des Winters nur mehr äußerst schwierig erreichbar sein werden. Auch waren die Transporte stets der Bedrohung durch die Taliban ausgesetzt, die immer wieder Lebensmittelkonvois überfielen, Fahrzeuge und Ladung erbeuteten und dann gegenüber der Bevölkerung als die eigentlichen Wohltäter auftraten. Zur Beruhigung: Die Situation hat sich spürbar gebessert, als die Lebensmitteltransporte verstärkt durch afghanische und internationale Sicherheitskräfte begleitet wurden; aber Sie erkennen, dass wir auch in diesem Bereich nur in einem langwierigen Prozess und nur gemeinsam zum Erfolg kommen können.

Entscheidende Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist ein funktionierendes Bildungssystem. Nur wenn hinreichend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, kann eine positive Entwicklung einsetzen. Hier beobachten wir Fortschritte, wenn ich zum Beispiel auf die zunehmende Anzahl an Universitätsabsolventen hinweise, die überwiegend im Land bleiben wollen. Dass die Möglichkeiten, Beschäftigung zu finden, längerfristig zunehmen, mag am Beispiel erster erfolgreich aufgenommener Bergbauprojekte deutlich werden. So haben die Bauarbeiten für eine durch die Volksrepublik China projektierte Kupfermine begonnen, für die eine jahrzehntelange Förderkapazität erwartet wird. Auch Indien ist dabei, sich im Bergbau zu engagieren und so längerfristig Arbeitsplätze in Afghanistan zu entwickeln, aber auch Einnahmen für den afghanischen Staat zu schaffen. Kurzfristige Erfolge bleiben jedoch selten und damit bleiben auch sichtbare Fortschritte für die afghanische Bevölkerung, die dringend notwendig sind, aus. Warum erzähle ich das? Ich möchte Ihnen deutlich machen, dass unsere westeuropäische Ungeduld nicht auf das passt, was wir in diesem Land vorfinden. Man kann Afghanistan nicht nach unseren Maßstäben und unserem Kalender reformieren und umbauen. Unsere Maßstäbe passen nicht und unsere Vorstellungen in verschiedenen Bereichen auch nicht. Es muss ein Land für die Afghanen werden, kein Land für einen Bayern, Berliner oder Hessen. Gleichzeitig dürfen wir nicht den Fehler machen, unsere Werte, Normen und Lebensvorstellungen schlagartig und dann auch noch eins zu eins auf Afghanistan übertragen zu wollen. Wer diese Vorstellung verfolgt, der würde übersehen, dass wir dann diese Menschen überfordern, die unsere „Idealvorstellungen“ häufig ganz einfach nicht verstehen. Ich denke, dass wir hier in den vergangenen anderthalb Jahren auch in der öffentlichen Diskussion eine Neubesinnung hin zu einem realistischeren Ansatz beobachten konnten, der aber erst einmal die Zeit haben muss, sich zu entwickeln. Mit dem nächsten Schlaglicht wende ich mich dem vielleicht kritischsten Feld zu, der afghanischen Regierung.

Aus der Geschichte kennen die Afghanen vor allem dezentrale Machtstrukturen in Dörfern und Stämmen und haben in Folge kein Verhältnis zu einer starken Zentralregierung. Zudem - ich hatte es bereits erwähnt - dominiert die Stammes- und Ältestenorientierung. Dies bedeutet, dass die Loyalität der Afghanen gegenüber einer Zentralregierung traditionsgemäß geringer ausgeprägt ist als gegenüber dem eigenen Stamm und den lokalen Trägern von Macht und Einfluss - also den Stammesältesten und religiösen Führern. Dazu kommt die starke Zergliederung des Landes. Diese Aussage gilt sowohl für die Anzahl der Ethnien und Stämme, als auch geographisch wegen der vielen Bergmassive. Die hohe Rate an Analphabeten stärkt diese Strukturen, denn es sind die lokalen

Stammesführer und die Prediger, die die Bevölkerung mit Informationen versorgen und sich ihrer Bedürfnisse und Sorgen unmittelbar annehmen. Dennoch kann ich feststellen, dass die afghanische Zentralregierung in den vergangenen Jahren große Schritte nach vorne machte – wenngleich die auch in den internationalen Medien immer wieder angesprochenen Themen wie Korruption, Vetternwirtschaft oder Verwicklung im Drogenhandel zu recht für Kritik und Misstrauen sorgen. Ich selbst habe einige sehr positive Entwicklungen verfolgen können. Bei meinen regelmäßigen Besuchen in Afghanistan habe ich eine ganze Reihe ausgesprochen qualifizierter und engagierter Führungspersonen, sowohl in der Zentralregierung als auch auf Provinz-, Distrikt- oder Gemeindeebene persönlich kennenlernen können. Aber auch hier gilt, dass der Wandel nicht kurzfristig kommen kann.

Einschub (just in case): In Afghanistan schreibt man das Jahr 1390. Sie können sich sicherlich vorstellen, was es für die Menschen dort bedeutet, wenn wir sie ohne große Zwischenschritte ins Jahr 2009 katapultieren wollten.

Wer, wenn nicht die afghanische Regierung, kann diese Koordinierungsaufgabe für die Internationalen Hilfeleistungen übernehmen. Meine Damen und Herren, es gibt eine dafür mit einem Mandat des Sicherheitsrates ausgestattete Organisation. Die „United Nations Assistance Mission Afghanistan“ – kurz: UNAMA. Kann diese Organisation das? Die Antwort ist: Nein. Damit erledigt? Die Antwort ist wieder: Nein! Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland sagen: Die haben das Mandat, die müssen das machen. Staaten wie die USA und Großbritannien sagen: Die können das nicht, also machen wir das mit unseren Soldaten und einer hohen Zahl von zivilem Personal. Das ist der Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Pragmatisch haben die Amerikaner im Sinne eines echten Counterinsurgency Ansatzes einen Civil-Military Plan dazu im Jahre 2009 heraus gebracht und setzen diesen um. 1.700 Nicht - Regierungsorganisationen betätigen sich in diesem Land und niemand - ich wiederhole: niemand - koordiniert sie. Das ist der Grund warum wir in manchen Orten fünf und in anderen keine Schule haben. Oder es werden modernste Krankenhäuser z.B. von Österreich gebaut, zu dem mir der frühere afghanische Gesundheitsminister gesagt hat: „Ich werde es nicht übernehmen! Meine Leute können es technisch nicht und ich kann den Unterhalt nicht bezahlen.“ So einfach ist es, Projekte dort in den reichlich vorhandenen Sand zu setzen.

Zurück zu diesen 1.700 Organisationen. Das Spektrum reicht von humanitärer Hilfe, Kinder- und Frauenunterstützung bis hin zu zwielichtigen Projektbüros. In diesem Land befinden sich viele Leute, die begriffen haben, dass hier viel öffentliches oder privates Geld und Spenden hinfließen, und sie wollen von diesem Geld einen Teil haben. Leider ist vielen die Frage, ob sie dafür die entsprechende Gegenleistung abliefern, völlig egal, und ich könnte das mit etlichen Beispielen untermauern.

Ich habe versucht, Ihnen in der Kürze der Zeit eine Zwischenbilanz für die gesamtheitliche Operation - noch mal: Ich meine nicht die militärische - in Afghanistan vorzustellen und Ihnen deutlich zu machen, dass nur ein gesamtheitliches Vorgehen in diesem komplexen Umfeld zum angestrebten Ziel führen kann. Ich möchte nochmals betonen, dass die Soldaten lediglich für einen Teil des zu erreichenden Ziels in Afghanistan verantwortlich sind. Viele Aufgaben fallen nicht in den eigentlichen Aufgabenbereich der Soldaten, aber wir sind bereit, unseren Beitrag zu leisten und auch dort auszuhelfen, wo andere nicht

oder noch nicht helfen können oder wollen. Aber wir erwarten, dass all die anderen auch bereit sind das zu tun, was sie können und was man von ihnen zu Recht erwartet. Wir erwarten, dass dieser gemeinsame Ansatz koordiniert wird. Wenn die afghanische Regierung und UNAMA das nicht können, muss es jemand anderes machen. Die NATO könnte es. Mit ihrem militärischen Teil und ihrem zivilen Teil wäre sie dazu in der Lage. ISAF ist die Organisation in Afghanistan, die das meiste Personal vor Ort hat, fast in allen Provinzen vertreten ist, Einfluss auf die Regierung und die anderen Nationen nehmen kann und in enger Zusammenarbeit mit UNAMA die Schwächen ausgleichen könnte. Man muss die NATO und ISAF nur lassen. Wenn - wie im neuen strategischen Konzept der NATO beschlossen - die NATO nicht nur eine militärische Organisation, sondern ein politisch – militärisches Bündnis ist, dann darf sie diese Rolle auch übernehmen. Auch hierüber könnte man unter dem Blickwinkel der Situation in und um Libyen in den jüngsten Tagen lange diskutieren.

Meine Damen und Herren, den Abzug aus Afghanistan können wir nur dann realisieren, wenn wir in Afghanistan endlich mit dem nötigen Nachdruck handeln, nicht indem wir über das, was in diesem Land erreicht werden soll, wohl formulierte Reden halten. Und über eins muss sich jeder im Klaren sein: Selbst, wenn es uns gelingen sollte, bis 2016 die Masse der ISAF - Soldaten nach der Übergabe der Verantwortung an die Afghanen bis 2014 - erst dann kann der Abzug in Übereinstimmung mit dem auch durch Deutschland genehmigten Operationsplan beginnen, abzuziehen, bedeutet dies, dass noch auf Jahre militärisches Ausbildungspersonal in Afghanistan verbleiben muss. Ich weiß auch nicht, ob sich die zivilen Aufbauorganisationen darüber im Klaren sind, dass sie dann noch weitere zehn oder fünfzehn länger bleiben dürfen und ab 2014 dann völlig abhängig sind von der Sicherheit, die ihnen durch ausschließlich afghanische Sicherheitskräfte vermutlich gegen gute Bezahlung gewährt wird. Aber meine Damen und Herren, sicherlich können wir davon ausgehen, dass diese Situation, die ja außerhalb jeder Legislaturperiode jeden teilnehmenden Staates liegt, politisch bereits sorgfältigst durchdacht wurde.

(Only in Case)

Ich bin bewusst nicht auf die Bedrohungslage durch die Aufständischen oder die Taliban eingegangen. Auch habe ich die Einflussgröße PAKISTAN nicht oder nur am Rande angesprochen. Pakistan ist ein entscheidender Faktor auf dem Weg zur Stabilisierung Afghanistans aber auch darüber hinaus für die gesamte Region, und - mit Blick auf seine Nuklearwaffen - kein ungefährlicher. Leider ist es uns in den letzten Jahren nicht ausreichend gelungen, diesem Umstand bei der Planung und Umsetzung politischer Aktivitäten gerade auch der NATO hinreichend Rechnung zu tragen und entsprechend zu handeln. Hier sehe ich folglich deutlichen Raum für Verbesserungen, was jedoch die Bereitschaft der Bündnispartner voraussetzt, sich entsprechend engagieren zu wollen.

Dass wir am Einsatz in Afghanistan festhalten müssen, steht für mich außer Zweifel. Es ist die Aufgabe aller Beteiligten, unserer Bevölkerung die Sinnhaftigkeit dieses Einsatzes deutlich zu machen. Wir müssen auch deutlich machen, dass wir für diesen Einsatz Geduld aufbringen müssen. Voraussetzung für beides ist eine umfassende und wahrheitsgemäße Berichterstattung, die nichts beschönigt und nichts verheimlicht, die aber auch die wahrscheinlichen Konsequenzen für den Fall aufzeigt, sollten wir den Einsatz nicht zu Ende führen wollen.

Lassen Sie es mich mit meinen Worten sagen: Nicht alles ist schlecht in Afghanistan, aber es sind noch weite Wege zu gehen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich werde mich in der jetzt vorgesehenen Diskussion allen Ihren Fragen stellen und Ihnen - so denke ich - keine Antwort schuldig bleiben. Herzlichen Dank!

(EDV-Bereitstellung: JK, Koordination)

